

**Antrag Res-02
Jusos Bezirk Hannover****Empfehlung der Antragskommission
Annahme****Fortschritt geht nicht auf Sparflamme. Mehr Investitionen im Bundeshaushalt 2024!**

1 Demnächst wird der Haushalt des Bundes für das
2 Jahr 2024 beschlossen und wir sehen leider, dass
3 es nach Beschluss der Bundesregierung zu massi-
4 ven Kürzungen in vielen Bereichen kommen wird,
5 die für das Funktionieren dieser Gesellschaft sowie
6 soziale Gerechtigkeit entscheidend sind. Viele Vor-
7 haben, die die SPD in den Koalitionsverhandlungen
8 mit Grünen und FDP erkämpft hat, sind ohne ausrei-
9 chende finanzielle Mittel nicht zu bewerkstelligen.
10 Der Fortschritt, den sich die Koalition auf die Fah-
11 nen geschrieben hat, ist somit auch eine Frage des
12 Haushalts. Doch auch hier gilt: Kein Gesetz verlässt
13 den Bundestag so, wie es hineingekommen ist. **Von**
14 **der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion for-**
15 **dern wir deshalb, sich gegen die Sparpläne des Fi-**
16 **nanzministers stark zu machen und mehr Investitio-**
17 **nen durchzusetzen!**
18 Beispiele für die geplanten Sparmaßnahmen, die
19 wir in der Summe so nicht mittragen können, gibt
20 es viele:
21 Wir sparen bei der Bildung, indem wir nicht mehr
22 Geld für BAföG ausgeben, obwohl es im Koalitions-
23 vertrag anders angekündigt war, obwohl die Bun-
24 desregierung die Anzahl der BAföG-Beziehenden
25 massiv erhöhen wollte. Gleichzeitig werden wir mit
26 dem zur Verfügung stehenden Geld keine notwen-
27 dige Anpassung der Leistungshöhe hinkriegen und
28 sorgen dafür, dass sich junge Menschen aus ärme-
29 ren Haushalten zukünftig kein Studium mehr leis-
30 ten können, dass Bildung vom Einkommen der El-
31 tern abhängig ist.
32 Wir sparen an der Digitalisierung: Nur 3,3 Millionen
33 anstatt 377 Millionen wie im Vorjahr sollen hierfür
34 bereitstehen, also eine Kürzung um 99 Prozent - ob-
35 wohl die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes be-
36 reits jetzt weit hinter den Plänen der Bundesregie-
37 rung hinterherhinkt. Damit werden wir weiterhin
38 viele notwendige Bereiche nicht digitalisieren kön-
39 nen, was uns am Ende viel teurer kommt.
40 Wir sparen bei der Entwicklungszusammenarbeit,
41 obwohl wir im Koalitionsvertrag festgelegt haben,
42 dass die Mittel gleich mit dem Verteidigungsetat
43 wachsen sollen. Die oft beschworene Bekämpfung
44 von Fluchtursachen bleibt so ein Lippenbekenntnis.

45 Außerdem zeigt es, wie sehr die Sicherheitspolitik
46 auf militärische Aspekte verengt wird - ein Ansatz,
47 der unseren sozialdemokratischen Positionen kom-
48 plett zuwiderläuft.

49 Wir sparen bei der Kindergrundsicherung, weil wir
50 hier nicht die geforderten 12 Milliarden bereitstellen
51 und ermöglichen so nicht, dass alle Kinder die glei-
52 chen Chancen haben.

53 Wir sparen beim Industriestrom, obwohl die Wirt-
54 schaft jetzt eine verlässliche und günstige Versor-
55 gung benötigt, um gute und nachhaltige Arbeits-
56 plätze in Deutschland zu sichern.

57 Wir sparen bei der Schiene, indem wir nicht die zu-
58 gesagten Mittel für den Ausbau und die Erneuerung
59 des Bahnnetzes bereitstellen, damit dort der Sanie-
60 rungsstau aufgelöst werden kann. Im Koalitionsaus-
61 schuss wurde zugesagt, 45 Milliarden bis 2027 be-
62 reitzustellen, sollten diese nicht kommen wird sich
63 der Zustand laut Bahn weiter verschlechtern. Selbst
64 durch die geplante Erhöhung der LKW Maut wird
65 diese Summe in den nächsten Jahren nicht erreicht
66 werden, stattdessen soll zusätzliches Geld aus dem
67 Klima und Transformationsland zweckentfremdet
68 werden, wobei dieses Geld der Bahn auch als zusätz-
69 liches Eigenkapital gewährt werden könnte.

70 Wir sparen daran, den ÖPNV bezahlbar zu machen.
71 Nachdem im letzten Jahr für eine Fortführung des
72 erfolgreichen 9-Euro-Tickets nicht genug Mittel be-
73 reitgestellt wurden, reichen die Mittel nunmehr
74 nicht mehr aus, um das Deutschlandticket für 49 Eu-
75 ro fortzuführen.

76 Wir sparen beim Katastrophen- und Bevölkerungsschutz.
77 Die Mittel wurden trotz vermehrten Auf-
78 kommen von Naturkatastrophen, Wald- und Flä-
79 chenbränden oder der Corona-Pandemie, die beson-
80 ders große Herausforderungen brachte, drastisch
81 gekürzt. Das strapaziert noch stärker den Bereich,
82 der hauptsächlich von ehrenamtlichen Kräften ge-
83 stellt wird. Die Flut im Ahrtal zeigte besonders, dass
84 Sparmaßnahmen im Bevölkerungsschutz das Leben
85 jeder*jedes einzelnen gefährden kann.

86 Wir sparen bei den Fahrradwegen. Im Haushalt sind
87 rund 150 Millionen Euro weniger für den Ausbau von
88 Radwegen als im Vorjahr vorgesehen, das Geld soll-
89 te insbesondere zum Ausbau von dringend benötig-
90 ten Radschnellwegen genutzt werden. Im Vergleich
91 zu 2022 wird das vorgesehene Budget so fast hal-
92 biert. Laut ADFC sind statt der vorgesehenen 400
93 Millionen mindestens eine Milliarde Euro notwen-

94 dig, andernfalls lasse sich der beschlossene nationa-
95 le Radverkehrsplan nicht umsetzen. So werden Kom-
96 munen, die leider zu wenig Geld für diese Aufgabe
97 haben, wieder im Stich gelassen und eine Verkehrs-
98 wende verschlafen.

99 Wir sparen beim Bürgergeld, das weiterhin ein Le-
100 ben in Armut bedeutet. Für eine dringend notwen-
101 dige Reform der Berechnungsmethode fehlt es am
102 Geld. "Die Leistungen bleiben trickreich klein ge-
103 rechnet, reichen vorne und hinten nicht und gehen
104 an der Lebensrealität der Menschen vorbei", kriti-
105 siert etwa Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer
106 des Paritätischen Wohlfahrtsverbands.

107 Wir sparen bei der Pflege und belasten die Bür-
108 ger*Innen und Arbeitgeber*Innen durch einen mas-
109 siven Anstieg der gesetzlichen Pflegeversicherungs-
110 beiträge, weil die steuerlichen Ausgleichszahlungen
111 wegfallen.

112 Wir sparen an unserer Demokratie, weil für die Bun-
113 deszentrale für politische Bildung fast 25 Prozent
114 weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden. Im
115 Koalitionsvertrag heißt es hierzu: „Wir wollen die
116 politische Bildung und die Demokratiebildung ent-
117 lang der Bildungskette stärken, die Projektmittel der
118 Bundeszentrale für politische Bildung erhöhen und
119 die Unabhängigkeit ihrer Arbeit achten.“ Gleichzei-
120 tig sehen wir enormen Zuspruch für menschenver-
121 achtendes, rechtsextremses Gedankengut und Um-
122 fragewerte für die AfD, die bundesweit bereits an
123 die 20 Prozent reichen. Die Verteidigung unserer De-
124 mokratie braucht auch Investitionen in die politi-
125 sche Bildung.

126 Gleichzeitig werden weiterhin Unsummen für kli-
127 maschädliche Subventionen ausgegeben. Im Jahr
128 2018 waren das beispielsweise 65,4 Milliarden Eu-
129 ro. Dabei ist auch im Koalitionsvertrag vereinbart:
130 "Wir wollen zusätzliche Haushaltsspielräume da-
131 durch gewinnen, dass wir im Haushalt überflüssige,
132 unwirksame und umwelt- und klimaschädliche Sub-
133 ventionen und Ausgaben abbauen." Beispiele hier-
134 für sind die Kerosinsteuerbefreiung, das Dienstwa-
135 genprivileg, der Steuervorteil von Diesel und die
136 Mehrwertsteuerbefreiung des internationalen Flug-
137 verkehrs. Durch Abschaffung solcher klimaschädli-
138 chen Subventionen könnte - im Sinne des Koaliti-
139 onsvertrags - mehr finanzieller Spielraum für die
140 oben genannten Anliegen gewonnen werden. Hin-
141 zu kommt das finanzielle Potential, das sich durch
142 die Besteuerung großer Vermögen oder Erbschaf-

143 ten erschließen ließe. Auch wenn dieses Potenti-
144 al in einer Koalition mit der FDP voraussichtlich
145 nicht ausgeschöpft werden kann, muss die SPD-
146 Bundestagsfraktion in den Haushaltsberatungen
147 deutlich machen, wie sehr die Verhinderung zusätz-
148 licher Steuereinnahmen den Haushalt einschränkt.
149 **Angesichts der großen transformativen Herausfor-**
150 **derungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, ist**
151 **ein Bundeshaushalt auf Sparflamme viel zu kurz ge-**
152 **dacht. Daher fordern wir, dass dieser Haushalt so**
153 **nicht beschlossen wird, sondern durch den Bundes-**
154 **tag massiv nachgebessert wird und die anderen Par-**
155 **teien an die gemeinsamen Verabredungen im Koali-**
156 **tionsvertrag erinnert werden.**